

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 13 (1933-1934)
Heft: 3

Artikel: Revolution von unten!
Autor: Oehler, Hans
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-157696>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 05.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Revolution von unten!

Von Hans Oehler.

„Es ist erfreulich, wie heute endlich wieder einmal „Zug“ im bürgerlichen Lager erkennbar ist; die überfüllten Versammlungen sind ein erfreuliches Zeichen erwachender Bürgerschaft. . . Aber die unbedingt zu zahlreichen neuen Gebilde müssen recht bald an die Frage heran: Wohin geht eigentlich die Fahrt? . . . Parteien und Fronten sollten sich klar darüber sein, daß sie im Grunde alle dasselbe wollen, einen starken bürgerlichen Staat. . . Burgfrieden unter allen Bürgerlichen im kommenden Wahlkampf, dann ist ein Sieg sehr wohl möglich. . . Die Fronten müssen dessen eingedenk sein, daß jede für sich allein im ernststen Treffen wenig erreichen wird. Sie müssen sich klar sein, daß die alten Parteien, wenn auch geschwächt, weiter bestehen und deshalb nur mit ihnen zusammen bürgerliche Erfolge erstritten werden können. . . Unser aller Feind steht links. . . Gegen Links gemeinsam zum Erfolg! Das sei das Losungswort aller vaterländischen Fronten und Parteien!“

Diese Sätze aus einem kürzlich in der „Neuen Zürcher Zeitung“ unter dem Titel „Parteien und Fronten“ erschienenen Artikel beleuchten so recht, wie vollständig die politische Erneuerungsbewegung, die als sog. Fronten-Bewegung seit einem Vierteljahr durch unser Land und Volk geht, in der offiziellen Parteiwelt mißverstanden wird. Der betreffende Artikel legt aber auch Zeugnis davon ab, wie unrichtig man in den „bürgerlichen“ Kreisen die politische Lage im allgemeinen einschätzt. Man könne zwar nicht bestreiten — heißt es dort weiter —, daß die Parteien manches versäumt und auch Anträgen von links oft zu sehr entgegengekommen seien. Aber vor dem Ausbruch der Krise sei die Lage eben die gewesen, daß die Jugend allein dem Sport gehuldigt, die mittlere Generation sich mit ihrem Beruf begnügt hätte und die Alten allmählich des Kampfes mit Links müde geworden seien. Die Politik habe darum von einigen Wenigen besorgt werden müssen. Der große Haufe der Bürgerlichen habe nur an seine Ruhe gedacht und von Politik nichts wissen wollen. Parteiversammlungen seien stets schlecht besucht gewesen und an den wichtigsten Fragen habe niemand Teilnahme bekundet. So hätten die wenigen aktiven Politiker sich im Stiche gelassen gesehen und oft den Begehren von Links nicht den nötigen Widerstand entgegensetzen können.

Wer sich entschuldigt, beschuldigt sich! Als Zustandsschilderung mag am oben Gesagten manches richtig sein. Die Politik der Parteien war in den vergangenen anderthalb Jahrzehnten ungefähr so, wie sie oben geschildert wird. Aber die Begründung, daß sie so war, bleibt an der Oberfläche. So kann der politische Aufbruch, der heute durch unser Volk geht, nie allein oder auch nur vorwiegend auf die augenblickliche wirtschaftliche Krise zurückgeführt werden. Wohl ist der Hunger im wörtlichen und bildlichen Sinn, d. h. die Aussicht auf wirtschaftliche und machtpolitische Besserstellung für die breiten Volksmassen die treibende Kraft bei jeder großen Staatsumwälzung. Aber auch dieser „Hunger“ nach einer Verbesserung der eigenen Stellung und Geltung im Wirtschafts- und Gemeinschaftsleben ist nicht erst von heute, d. h. seit den paar Monaten, seit denen es eine Wirtschaftskrise auch in unserm Land gibt. Beim Arbeiter- und Bauernstand geht er Jahrzehnte, beim Gewerbe- und Mittelstand wenigstens ein bis anderthalb Jahrzehnte zurück. Darum hat der politische Aufbruch von heute auch viel tiefere Wurzeln, als man im offiziellen Parteilager Wort haben will. Auch hier versagt man eben in der Beurteilung der wahren Untergründe der äußeren Geschehnisse. Etwas Kenntnis der ureigensten Geschichte könnte einem da immerhin einige Fingerzeige geben. So lese man etwa bei Eduard His „Geschichte des schweizerischen Staatsrechts“ über die Vorgeschichte der Regeneration von 1830 nach: „Bei den aufgeklärten Stadtbürgern waren die Ausgangspunkte der Reformbestrebungen durchaus idealistisch; bei den Landbewohnern kam das Bewußtsein der machtpolitischen und materiellen Bedeutung der rechtlichen Besserstellung dazu. Diese Aufklärungsarbeit in Stadt und Land bereitete den Boden vor zu einer umfassenden Volksbewegung, zu deren Auslösung es nur noch eines zufälligen äußeren Anlasses bedurfte.“ Der „zufällige äußere Anlaß“ war damals die französische Julirevolution von 1830. Lesen wir wieder bei His nach: „Die Julirevolution hatte zahlreiche revolutionäre Erhebungen in anderen europäischen Staaten im Gefolge. . . In diese gesamteuropäische Bewegung läßt sich auch die schweizerische Regeneration von 1830/31 einstellen; auch die Schweiz wurde, wie man damals zutreffend sagte, von der „revolutionären Epidemie“ ergriffen.“ Hören wir auch noch, wie dem Zeitgenossen jene, auf die Schweiz auslösend wirkenden ausländischen Vorgänge des Jahres 1830 erschienen: Victor von Bonstetten bezeichnet sie in einem Brief an Heinrich Zschokke als „Anfang einer neuen großen Epoche der Menschheit“; und ein Mitarbeiter der Appenzeller Zeitung schreibt in einem Artikel vom 14. August dazu: „Seien wir jetzt nur zur Hand und lassen wir die Zeit nicht ungenutzt verstreichen bei dem herrlichen Aufleben Frankreichs.“ Ist der Vergleich wirklich so fernliegend: daß „Reformbestrebungen“ bei uns sowohl idealistisch (man denke nur an die Vorbereitungsarbeit der vielen außerparteilichen Gruppen und Verbände seit Kriegsende und beachte, daß die Entstehung der hauptfächlichen heutigen „Fronten“ drei und mehr Jahre zurückliegt), wie materiell-machtpolitisch (man halte sich die

Tätigkeit etwa der Arbeiterparteien und der Bauern-, Bürger- und Gewerkepartei vor Augen) längst vorhanden und dadurch in Tat und Wahrheit der „Boden zu einer umfassenden Volksbewegung“ eben auch heute vollkommen vorbereitet waren und die deutsche Revolution des letzten halben Jahres nur den „zufälligen äußeren Anlaß“ abgab, der diese Volksbewegung auslöste?

Sieht man die Dinge so, wie sie sich dem geschichtlich geschulten und die Zusammenhänge überblickenden Auge darstellen, dann ergibt sich auch ein ganz anderes Bild der Gründe, warum die politischen Parteien in den letzten anderthalb Jahrzehnten so „manches versäumt“ haben und Gegenstand einer allgemeinen Teilnahmslosigkeit waren. Es hat seit Kriegsende in den Parteien keine Frage ernsthaft zur Sprache und Weiterverfolgung gebracht werden können, die nur auf das Volks- und Staatsganze Bezug hatte und nicht irgendwie mit dem Partei-Gesichtspunkt und Vorteil in Zusammenhang stand. Oder umgekehrt ausgedrückt: eine Frage, die nicht unter dem Gesichtspunkt des eigenen Parteizweckes betrachtet werden konnte, wurde überhaupt nicht betrachtet, d. h. bestand für die Partei nicht! Jede Partei glaubte ihrer Pflicht gegenüber der Gesamtheit Genüge getan zu haben, wenn sie sich selbst dem „Vaterland“ unbeschädigt erhielt. Der Blick der Parteiführer und Parteiangehörigen reichte im wesentlichen nicht über Maßnahmen hinaus, die zur Erhaltung und Förderung der Partei — Kandidatenaufstellung, Wahlfinanzierung, Mitgliederwerbung u. s. w. — notwendig waren. Das Parteileben erschöpfte sich im Erobern und Verteidigen von Sesseln, im Abwägen, welche Stellungnahme zu einer Abstimmungsvorlage bei den Parteianhängern voraussichtlich am meisten Gefallen finden, bezw. am wenigsten Mißfallen erregen werde. Die Parteien waren Selbstzweck geworden. Keine Partei trug mehr die Leidenschaft zum Staat in sich, keine die Verantwortung, den Staat zu tragen. Hier ist der Grund dafür zu suchen, daß die Jugend der Politik den Rücken kehrte, daß die erwachsene Generation sich mit ihrem Beruf begnügte und von der Politik nichts wissen wollte, daß die Parteiversammlungen kaum noch von jemandem besucht wurden und niemand selbst an den wichtigsten Fragen Teilnahme bekundete. Man hatte das Vertrauen in die Parteien verloren, den Glauben, daß durch sie Politik jemals wieder zu etwas anderem würde, als was sie jetzt war.

Nun scheint man sich im Lager der Parteien über den „Zug“ freuen zu wollen, der durch die Fronten-Bewegung ins politische Leben gekommen ist, und die überfüllten Versammlungen „als ein erfreuliches Zeichen erwachender Bürgerschaft“ zu werten. Man wird aber im Lager der Parteien gut tun, sich keiner Täuschung hinzugeben. Mag manches am Ungenügen der Parteien im vergangenen Jahrzehnt menschlich verständlich und entschuldbar sein. Vor der Geschichte ist das Urteil über die Parteien gesprochen. Sie sind in ihrer bisherigen Form und mit ihrem bisherigen Inhalt etwas Gewesenes! Darum ist es auch grundverkehrt, die heute durch

ausländische Vorgänge „ausgelöste“, auf die Erneuerung unseres staatlichen Daseins gerichtete Volksbewegung als eine „bürgerliche“ Sache ansprechen zu wollen. Selbst angenommen, die Anhängerschaft dieser Bewegung rekrutierte sich zu 99 % aus „bürgerlichen“ Kreisen — was im übrigen keineswegs der Fall ist; je nach den lokalen Verhältnissen ist die Zusammensetzung sogar oft mehrheitlich „proletarisch“ —; im Ziel und Wollen ist sie weder bürgerlich noch proletarisch. Was wirklich „Front“-Bewegung ist, will niemals, auch nicht „im Grunde“, dasselbe, was die Parteien wollen: einen starken b ü r g e r l i c h e n Staat. Sie legt auch keinen Wert darauf, „bürgerliche Erfolge zu erstreiten“ oder mitzuhelfen, daß solche erstritten werden. Denn ihr „Feind“ steht weder links noch rechts. Feind ist ihr jedermann, der sich der nationalen und sozialen Erneuerung unseres Volkes und Staatswesens widersetzt. Eine „bürgerliche“ Volksgemeinschaft gibt es für sie nicht. Wohl weiß sie, daß einzelne Glieder unseres Volkes, durch die Schuld anderer Volksteile und durch die Schuld fremder Irrlehren, heute ihrer naturgegebenen Gemeinschaft entfremdet sind. Aber sie scheidet deswegen die Nation nicht in Patrioten und Nichtpatrioten und schätzt denjenigen, der sich am 1. August hinterm perlenden Sektglas in patriotischen Redewendungen ergeht, nicht höher als den Arbeiter, der am Feiertag der Nation, verbittert über die Ungerechtigkeit der bestehenden Ordnung und irregeleitet durch falsche Lehren, abseits steht. Und darum heißt ihr Lösungswort auch nicht „Gegen Links gemeinsam zum Erfolg!“, sondern „Alles für Nation und Volksgemeinschaft!“

Wohin geht denn aber „eigentlich die Fahrt“ der nationalen Erneuerungsbewegung? Da darf man wohl zuerst einmal die Gegenfrage stellen: wohin geht denn die Fahrt, wenn alle „vaterländischen Fronten und Parteien“ sich gemeinsam gegen Links wenden? Um darauf richtig antworten zu können, muß man sich ein richtiges Bild der Lage auf der „Linken“ machen. Die Sozialdemokratie, die politische Organisationsform des Hauptteils der Arbeiterschaft, hat sich heute bankrott erklärt. Darüber täuscht auch das aufgeregte Getue ihrer Parteiblätter und der ganze Schmutz und Dreck, den diese täglich kübelweise über die „faschistische Reaktion“ im Ausland und in der Schweiz ausgießen, nicht hinweg. Es sind noch keine andert-halb Jahrzehnte her, daß die sozialistischen Führer ihren Anhängern zum Zweck der Neugestaltung von Staat und Wirtschaft die Eroberung der politischen Macht auf dem Weg über die Diktatur des Proletariates predigten. Heute kämpfen sie in der letzten Verteidigungsstellung noch um die Behauptung der Ergebnisse des „zähen und langwierigen Kampfes um soziale Besserstellung und kulturellen Aufstieg“ der Arbeiterschaft (Volksrecht), und beteuern, daß die Politik der schweizerischen Sozialdemokratie „gut schweizerisch war und ist und für das Schweizerland als Ganzes ein Segen und kein Fluch war“ (Volksrecht). Daß sie jemals mehr als nur das gewollt haben, nämlich eine Neuordnung der staatlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse, die in Ziel und Weg utopisch, undurchführbar war und schon

im Stadium der Vorbereitung Nation, Staat und Volksgemeinschaft zerlegt und zerstört hat, davon kein Wort mehr. Jetzt finden wir die sozialdemokratischen Führer plötzlich mit den bürgerlichen Parteien Schulter an Schulter im Kampf um die Verteidigung der schweizerischen Demokratie. „Wir denunzieren diese Bedrohung der Demokratie (durch die nationale Erneuerungsbewegung) vor dem gesamten Schweizer Volk. . . Die schweizerische Demokratie wird sich zur Wehr setzen und kämpfen mit den Mitteln der Demokratie und für die Erhaltung der Demokratie um des sozialen Gehaltes der Demokratie willen.“ Also jetzt entdeckt man plötzlich in der liberalen Demokratie und ihrer entsprechenden Form im Wirtschaftsleben, im Kapitalismus, einen „sozialen Gehalt“, um dessetwillen die Arbeiterschaft diese liberale Demokratie bis zum äußersten verteidigen muß. (Im Mitteilungsblatt der „Neuhelvetischen Gesellschaft“ wird auch bereits der Brückenschlag zwischen den bürgerlichen und den marxistischen Verteidigern der bestehenden liberal-demokratischen Staats- und Wirtschaftsordnung warm empfohlen.) Mit andern Worten: die sozialdemokratische Führerschaft hat nicht nur in voller Auflösung den Rückzug angetreten. Sie verrät — und das ist die Tücke des Schicksals — mit jedem weiteren Schritt rückwärts zugleich die Sache, für die sie einmal, angeblich oder wirklich, sich eingesetzt hat. Wer — wie das seitens einer der bekanntesten sozialdemokratischen Führer Zürichs geschah — in einer öffentlichen Kundgebung der nationalen Erneuerungsbewegung beim Absingen des Vaterlandsliedes sitzen bleibt und, vom Saalschutz deswegen an die Luft befördert, sein Verhalten nachher in der Parteipresse damit entschuldigt, er habe nicht aufstehen und mitsingen können, weil er mit dem Einpacken seiner Notizen beschäftigt gewesen sei, der ist eben damit bei seinen Parteigängern wie bei seinen Gegnern erledigt. Der Gegner, der erklärt: ich singe dieses Vaterlandslied nicht mit, weil das Vaterland, dem es gilt, nicht mein Vaterland ist, wird noch seinem Todfeind Achtung abnötigen. Wer aber, weil er sich und seine Partei damit dem Urteil der Geschichte glauben zu können, kneift, und verbrennt, was er gestern angebetet, und anbetet, was er gestern verbrannt hat, ist mehr als reif für den Urteilsvollzug der Geschichte; auch in den Augen seiner bisherigen Parteigänger.

Darum: die sozialdemokratische Organisationsform der Arbeiterbewegung ist etwas Gewesenes, auch wenn man die materielle Macht, die sie durch die Gewerkschaften noch auf den einzelnen Arbeiter auszuüben vermag, nicht unterschätzt. Und die Aufgabe der nächsten Zukunft ist daher nicht nur die der Zerschlagung der sozialistischen Organisationsformen — das ist ausschließlich Abbruch-Arbeit —, als vielmehr die der Sammlung und Einstellung der aus dem inneren und äußeren Zusammenbruch des Marxismus freierwerdenden Arbeiterkräfte für die große Aufgabe der nationalen und sozialen Erneuerung der schweizerischen Volksgemeinschaft. Um die Seele des einzelnen Arbeiters geht das Ringen. Was aber soll dabei eine „bürgerliche Einheitsfront“ taugen? Durch eine solche wird das gerade

Gegenteil bewirkt. In der ja doch von ganz bestimmten Mächten geleiteten „bürgerlichen Einheitsfront“ mittelt der Arbeiter seinen persönlichen Gegner, einen Gegner, der ihn um all die Errungenschaften bringen will, die er sich in seinem „zähen und langwierigen Kampf um soziale Besserstellung und kulturellen Aufstieg“ erobert hat. Und wie soll der Arbeiter der Nation zurückgewonnen und der Volksgemeinschaft wieder eingegliedert werden — wie man das in „bürgerlichen“ Programmen so schön liest —, wenn als Mittel und Weg dazu zur „Einigkeit aller vaterländischen Kreise“ aufgerufen wird? Die Zurückgewinnung der Arbeiterschaft für die Nation und ihre Wiedereingliederung in die Volksgemeinschaft ist vor allem eine psychologische Frage. Und in der Psychologie der Masse und des Volkes kennt sich die ganze offizielle Parteiwelt einschließlich all der Herren Direktoren und Professoren eben nicht mehr aus. Das zeigen — um nur dieses Beispiel anzuführen — die vielen Vorlagen, die im letzten Jahrzehnt von Bern aus vor's Volk gebracht und von diesem verworfen worden sind, und von denen manche bei psychologisch richtigem Vorgehen — das gilt sicherlich für die Lohnabbauvorlage — mit großer Mehrheit Annahme gefunden hätte. So gewinnt man jenen Volksteil, der durch die Mißgriffe der kapitalistischen Ordnung und die marxistische Irrlehre seiner natürlichen Gemeinschaft entfremdet worden ist, nur dadurch wieder für Gemeinschaft und Nation zurück, indem man ihn, zusammen mit anderen Volksgliedern, zum entscheidenden Träger der Bewegung macht, die die Neugestaltung der staatlichen und wirtschaftlichen Ordnung ausführt. Das ist auch der einzige Weg, auf dem alle Glieder der Gemeinschaft sich wieder zum Wehrwillen zurückfinden. Was man selbst geschaffen hat oder hat schaffen helfen, für das setzt man sich nachher auch mit Gut und Blut ein. Mit vermehrter Schützenfesttätigkeit und Veranstaltung patriotischer Kundgebungen läßt sich da wenig erreichen, wenigstens nichts, was von Dauer ist und auch in andern Zeiten als solchen augenblicklicher patriotischer Hochkonjunktur standhält. Das Volk will eben — bildlich gesprochen — Brot und nicht Zuckeraufguß. Erst recht nicht in so ernsten Zeiten wie den heutigen.

Was wäre denn, unter dem Gesichtspunkt einer weitschauenden Politik, von einer „bürgerlichen Einheitsfront“ zu erwarten? Bestünde denn hier etwa diese Zielklarheit, die angeblich der nationalen Erneuerungsbewegung fehlt? Wohin ginge denn die Fahrt einer gemeinsamen Front „aller vaterländischen Fronten und Parteien“? Werfen wir nur einmal einen Blick in das „Programm“ zweier Partei-Jugendorganisationen, von denen man sonst doch noch am ehesten ein Erfassen der großen Zukunfts-Fragen und Aufgaben erwarten darf und die sich teilweise ja auch in vollem Aufstand gegen ihre Mutterparteien befinden. Die „Liberale Jugend“, das bisherige Hauptammelbecken der freisinnigen Parteijugend, hat kürzlich durch eine Agenturmeldung Stellung zu einer Gesamterneuerung der Bundesverfassung genommen. Zweck einer solchen Verfassungserneuerung wäre demnach die „Anpassung“ des Bestehenden an die Verhältnisse des 20. Jahr-

hundreds. Die Verfassungsänderung hätte ohne alle an Diktatur grenzende Maßnahmen zu erfolgen. Die nationale Erneuerung müßte durch die Zusammenarbeit freier Bauern, Bürger und Arbeiter auf dem Boden der Demokratie geschehen. Sie dürfte nicht zu einer Zertrümmerung der bestehenden Parteien und zur Schaffung eines berufsständischen Staates führen, weil letzterer ohne eine gewisse Diktatur nicht durchführbar sei. Zu erstreben sei dagegen die Verkleinerung des Parlaments, die Schaffung eines beratenden Wirtschaftsrates, die Verjüngung der Führung, eine Anpassung des Wahlsystems u. s. w. — Zu gleicher Zeit erließen auch die katholischen Jungkonservativen eine Rundgebung ihres Programmes. Darin wird im Wirtschafts- und Sozialprogramm eine weitgehende Übereinstimmung mit der nationalen Erneuerungsbewegung festgestellt. Die betreffende katholische Jungführertagung tritt insbesondere für die Verwirklichung einer berufsständischen Ordnung ein, lehnt aber zugleich jeden Versuch einer staatlich-diktatorischen Lösung ab. — Also die liberale Jugend erstrebt eine Gesamtänderung der Bundesverfassung, durch die die bestehende Bundesverfassung, abgesehen von einigen ihr eingefügten „Flicken“, nicht abgeändert werden darf. Insbesondere dürfen die bestehenden Parteien in ihrem Bestand durch die Verfassungsänderung nicht gefährdet werden. Darf die bestehende freisinnig-demokratische politische Ordnung nicht geändert werden, so darf es natürlich auch die wirtschaftliche nicht, m. a. W. es darf keine berufsständische Ordnung die kapitalistische ersetzen, weil das nicht „ohne eine gewisse Diktatur“, d. h. nicht ohne Aufgabe der bestehenden freisinnig-demokratischen politischen Ordnung möglich wäre. Die ganze „Anpassung“ des Bestehenden an die veränderten Verhältnisse des 20. Jahrhunderts bestünde also in einer Verkleinerung des Parlaments, die am Ungenügen des heutigen Parlamentarismus natürlich nichts ändert; in der Eingliederung eines Wirtschaftsrates in eine politische Organisation, in die er nicht hineinpafßt und in dem infolgedessen nie fruchtbare Arbeit geleistet werden kann; in der Verjüngung der Führung, die zu nichts führt, wenn die jüngeren „Führer“ in den ausgefahrenen Geleisen ihrer älteren Vorgänger weitermarschieren; in einer „Anpassung des Wahlsystems“, womit wohl die Aufhebung der Verhältniswahl und die Wiedereinführung der Mehrheitswahl gemeint ist, mit der man einen bestimmten Entwicklungsstand einfach glaubt wieder auf einen früheren Entwicklungsstand zurückdrehen zu können. — Scheinbar mehr in die Zukunft weisend ist das jungkatholische Programm, das auf die Verwirklichung der berufsständischen Ordnung lossteuert. Wie aber kann eine Neuordnung der Wirtschaft durchgeführt werden ohne gleichzeitige Neuordnung des gesamten politisch-staatlichen Bereiches? Letztere aber lehnen die Jungkatholiken ab, genau wie die Jungliberalen. Das Weggelein möchte man wohl haben, aber auch den Fünfer behalten. Und der Fünfer, das ist in diesem Fall die Partei. Die Partei, die hinter einem steht, geht einem über Staat und Gemeinschaft. Die Leidenschaft zur Nation reicht nur so weit als — das Parteiinteresse reicht!

So bleibt als Gesamteindruck von den bürgerlichen Parteien eben kein anderer als von der sozialdemokratischen: alle haben ihre geschichtlich Stunde verpaßt! Die Sozialdemokratie, als sich ihr in den vergangenen anderthalb Jahrzehnten mehrfach Gelegenheit bot, sich eindeutig für den nationalen schweizerischen Volksstaat einzusetzen, wo alle bürgerlichen Parteien einander den Rang abliefen in Internationalismus und Menschheitsverbrüderung. Die bürgerlichen Parteien, als sie, statt die Schwäche der Sozialdemokratie, ihre nationale Unzuverlässigkeit, auszunützen, „den Begehren von Links“ nicht nur „nicht den nötigen Widerstand entgegensetzten“, sondern es ihnen in Verleugnung des nationalen Gedankens zum mindesten gleich tun wollten. Heute, wo es keinen Mut mehr dazu braucht, findet man im bürgerlichen Lager plötzlich den Mut zur Bekämpfung der grundsätzlichen Verneiner der Nation. Jetzt will man plötzlich auch „in nationaler Erneuerung machen“ — weil man weiß, daß einem sonst innert vierzehn Tagen das letzte Parteimitglied davongelaufen ist. Nur täusche man sich nicht: daß das Volk nicht sieht, daß es ein „machen“ ist. Auch darüber täusche man sich nicht, daß das Parlament sich seine verschmerzte Achtung nicht wiedergewinnt, und wenn es sich — wie es in der N. Z. Z. so schön von den „bürgerlichen Gruppen“ in der vergangenen Session der Bundesversammlung heißt — jetzt noch so sehr „die verschärfte Kritik der Öffentlichkeit zu Herzen nimmt“. Wer sich seiner Verantwortung gegenüber der Gemeinschaft erst auf „verschärfte öffentliche Kritik“ hin bewußt wird, ist nicht berufen, verantwortlich für die Gemeinschaft zu handeln. In der Schulstube mögen derartige „Ermahnungen“ angebracht und wirksam sein. In die Politik gehört nur, wer aus innerstem Antrieb jederzeit und immer, und nicht erst auf äußere Ermahnung hin zum Rechten sieht. So tritt denn auch unser Land in den Abschnitt der Vollstreckung des Urteils der Geschichte über die Parteien ein.

In allerjüngster Zeit wird das Bild unserer politischen Lage denn auch durch eine ganze neue Frontenstellung beherrscht, bei der die Parteien keine bestimmende Rolle mehr spielen. Der auf das Volk ganz gerichteten nationalen und sozialen Erneuerungsbewegung treten Bestrebungen gegenüber, die in erster Linie die Regeneration einzelner Volksteile verfolgen. Sie suchen die aus dem Zerfall der bürgerlichen Parteien frei werdenden Kräfte in ihre Organisationen aufzufangen. Ihr Ziel ist eine Reform des Bestehenden in dem Sinne, daß alles daraus ausgemerzt wird, was durch die „schwächliche Politik“, durch „das stete Nachgeben“ der bürgerlichen Parteien „nach Links“ entstanden ist. Dieser „Freiheitskampf für Volk und Heimat“ soll zu einer Verkleinerung des Parlaments, zu dessen Verjüngung durch Festsetzung einer Altersgrenze, zu einer Beschränkung der Mitgliedschaft auf zwei Amtsdauern, zur Abschaffung des Proporztes u. s. w. führen. Mit andern Worten, hier wird, in bester Absicht und ehrlichem Streben sicherlich, versucht, dem Volk von oben herab wieder zu seiner „Freiheit von den marxistischen Landvögten“ zu verhelfen. Der Revolution von unten,

der Volksbewegung, in der die breiten Schichten des Volkes um eine Neugestaltung der jetzigen, sie benachteiligenden Ordnung in Staat und Wirtschaft ringen, tritt der Versuch einer Reform von oben entgegen, durch die im Letzten die Erhaltung der bestehenden Machtverteilung in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft sichergestellt werden soll. Anstatt daß das Volk seinen „Freiheitskampf“ selbst führt, wird ihm dessen Führung von den Inhabern und Trägern der bestehenden Machtordnung „abgenommen“. Alte geschichtliche Konstellationen erleben eine neue Auflage.

Gerade unsere Geschichte lehrt uns aber, daß, zum mindesten seit dem 16. Jahrhundert, d. h. seit der konfessionellen Spaltung unseres Volkes, keine Reform von oben jemals einheitlich und zielbewußt durchgeführt werden konnte. Die nach der blutigen Unterdrückung der Revolution des Landsvolkes, der Bauernerhebung von 1653, verheißene Reform von oben blieb aus. Und nicht nur das. Von da an verfiel das eidgenössische Staatswesen erst recht lähmender Erstarrung. Vielleicht liegt die Hauptschuld am konfessionellen Gegensatz der Träger und Inhaber der damaligen Staatsgewalt, die sich zwar einträchtig zur Niederwerfung des inneren Gegners, nicht aber zur notwendigen und dringlichen Erneuerung des Staatswesens zusammenfinden konnten. Wenn dem aber so ist, dann müssen wir für heute erst recht die Lehre beherzigen: daß der konfessionelle Gegensatz immer nur von unten her im Sinne fruchtbarer Aufbauarbeit am gemeinsamen Staatswesen übersprungen werden konnte. Im Bauernkrieg kämpften katholische und reformierte Bauern Schulter an Schulter für eine gerechte staatliche Neuordnung, nicht anders als auch in der Regenerationsbewegung von 1830/47, die eine reine Revolution von unten war, breite Schichten katholischen Volkes mit dem reformierten Volk zusammen kämpften. — Aber nicht nur der konfessionelle, auch der sprachlich-kulturelle Gegensatz wird nie anders im Sinn gemeinsamer Inangriffnahme der unser harrenden Zukunftsaufgaben übersprungen werden können, als von unten, vom Volk her. Die breiten Volksmassen sind dem eidgenössischen Staatswesen in den Landesteilen der sprachlich-kulturellen Minderheiten näher und stärker verbunden, als gewisse, intellektueller Einwirkung und Überlegung zugängliche Oberschichten. Das waadtländische Volk gehörte vor hundert Jahren zu den stärksten Trägern und Befürwortern des Bundesstaates. Wird das bei einer vom Volk getragenen, für das Volk geschaffenen und vom Volk in allen Einzelabschnitten auf das eindringlichste miterlebten Staatserneuerung von heute so viel anders sein? — Und schließlich die soziale Spaltung, die unser Volk zerklüftet. Ist bei einer Reform von oben, die nicht neue, jedem Volksstand die Gewähr seiner Vollgeltung und Vollwertung bietende Formen staatlichen und wirtschaftlichen Gemeinschaftslebens schaffen, sondern alles beim ungenügenden jetzigen Zustand belassen will, die Gefahr nicht mit Händen zu greifen, daß aus dem Kampf gegen die staatsfeindliche, gemeinschaftszerstehende politische Organisationsform bestimmter Volksschichten ein Kampf gegen diese Volksschichten selbst wird? Mit andern

Worten, daß aus der Reform eine „Reaktion“ wird, die einzelne Volksglieder in der Dienstbarkeit anderer Volksglieder halten und ihnen den Zugang zur Vollwertigkeit in der Gemeinschaft dauernd vorenthalten will? Diese Frage stellen heißt wohl, sie zugleich beantworten!

Man weist auf einen angeblichen Vorteil der Reform von oben gegenüber der Revolution von unten hin: sie breche nicht mit der Vergangenheit und Überlieferung, sie bedeute nicht diesen Sprung ins Ungewisse, wie die auflüpferische Volksbewegung von unten. Zugegeben: es ist eine furchtbar schwere Verantwortung, dem Volk in Wort und Schrift tagtäglich und tausendfach zu verkünden: du selbst bist der Gestalter deines Schicksals, du selbst der Erneuerer der Gemeinschaft, du selbst der künftige Staat! Diese Verantwortung übernehmen kann nur, wer besitzt, was nie ein Träger einer Reform von oben besessen hat: den Glauben an sein Volk. Dieser Glaube an ihr Volk, das Vertrauen in ihre Nation, hat aber den Inhabern der Staatsgewalt in all den vergangenen Jahren gefehlt. Sie waren jederzeit eher bereit, es mit einer Menschheitserneuerung zu versuchen als mit einer Erneuerung ihrer Volksgemeinschaft und Nation. An sein Volk glauben heißt deswegen nicht, es nur im verklärten Lichte ihm angedichteter Tugenden sehen. Volk ist ein Sammelbecken urtümlicher Instinkthaftigkeit, in seinem Handeln bestimmt durch wenige Urtriebe. Nichts aber vermag dieses Volk zur geschlossenen Einheit zusammenzuschmelzen, als das Erlebnis gemeinsamen Schicksals, und das heißt heute das Erlebnis seiner neuen Staatswerdung. Darum, unser Volk wird heute nur wieder eins durch den Einsatz jedes seiner Glieder für diese neue Staatswerdung. Entweder Volksbewegung, Revolution von unten, die uns zur Erneuerung von Staat und Nation führt, oder wir verharren in der bestehenden Lähmung und Erstarrung, die keine Reform von oben jemals zu beheben vermag, und die früher oder später mit dem gewaltsamen Untergang auch der Eidgenossenschaft des 19. Jahrhunderts endigt.

Daß es heute um diesen letzten Einsatz geht, sollte in das Bewußtsein aller derer dringen, in denen Verantwortung für ihr Volk und Land lebendig ist. Nicht jede Revolution von unten ist ein Bruch mit Vergangenheit und Überlieferung und ein Sprung ins dunkle Ungewisse. Jede Volksbewegung aus eigener Kraft wird in der Schweiz überlieferungsgefättigt, „konservativ“ sein. Das war auch die Regenerationsbewegung des vorigen Jahrhunderts im Wesen, so manche Außerlichkeiten sie von außen her übernommen hat. Der unheilvolle Bruch, den das Zwischenspiel der Helvetischen Revolution in unsere Geschichte brachte, rührte allein daher, daß das Volk schon seit hunderten von Jahren vor Beginn dieser Revolution von seinen Führern im Stiche gelassen worden, und daher die Revolution von unten des Jahres 1798 in Tat und Wahrheit eine Revolution von außen war. Möge unserm Land und Volk die Wiederholung ähnlichen Schicksals heute und künftig erspart bleiben.